

11. Juni 2018

H. KAMEI

kamei@cc.osaka-kyoiku.ac.jp

<http://www.osaka-kyoiku.ac.jp/~kamei/mat.htm>

Langsam gesprochene Nachrichten

1. Angriff auf Wahlsieger nach Oberbürgermeister-Wahl in Freiburg:

Nach der Wahl des Oberbürgermeisters in der Stadt Freiburg ist der Sieger Martin Horn auf seiner Wahlparty angegriffen und verletzt worden. Der 33-jährige Nachwuchspolitiker wurde ins Gesicht geschlagen. Er verlor einen Zahn und zog sich eine Wunde unter dem Auge zu. Die Polizei nahm einen 54-jährigen Tatverdächtigen fest. Dessen Motiv ist noch unklar. Der parteilose Horn hatte sich - unterstützt von der SPD - bei der Wahl gegen den prominenten Grünen-Politiker Dieter Salomon durchgesetzt. Dieser hatte vor 16 Jahren als erster Grünen-Politiker das Amt des Oberbürgermeisters in einer deutschen Großstadt übernommen.

07.05.2018

2. Außenminister Maas tritt Antisemitismus entgegen:

Bundesaußenminister Heiko Maas hat die jüngsten antisemitischen Vorfälle in Deutschland als "beschämend" verurteilt. Die Verantwortung der Deutschen, sich schützend vor jüdisches Leben zu stellen, ende nie, sagte der SPD-Politiker in Berlin bei einer Festveranstaltung zum 70. Gründungsjubiläum des Staates Israel. Unterdessen hat sich der Mann, der einen Israeli mit einer Kippa in Berlin angegriffen hatte, der Polizei gestellt. Es handelt sich um einen 19-jährigen Flüchtling aus Syrien, der seit 2015 in Deutschland ist.

20. 04. 2018

3. SPD berät über Linie gegenüber Russland

Der SPD-Vorstand berät am Montag über die außenpolitische Linie der Partei - unter anderem über die Haltung zu Russland. Außenminister Heiko Maas hat in den ersten zehn Wochen seiner Amtszeit einen harten Kurs gegenüber Moskau eingeschlagen, der bei vielen Sozialdemokraten für Unmut sorgt. Er warf Moskau "Aggression" in der Ukraine und "zunehmend feindseliges" Verhalten vor. In Teilen seiner Partei, die bis heute Willy Brandts Ostpolitik der Annäherung an die damalige Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Pakts hochhält, kam das nicht gut an.

28.05.2018

4. Treffen der Koalitionsfraktionen auf der Zugspitze:

Überschattet von einer neuen Debatte um die Flüchtlingspolitik kommen die Spitzen der Bundestagsfraktionen von Union und SPD an diesem Montag zu einer Klausurtagung auf Deutschlands höchstem Berg, der Zugspitze, zusammen. Unter der Leitung der Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Andrea Nahles (SPD) sowie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt soll es unter anderem um eine Wohnungsbauoffensive gehen. Dobrindt hatte nach dem gewaltsamen Widerstand gegen eine Abschiebung in Ellwangen eine härtere Gangart gegen Flüchtlinge angemahnt und von einer "aggressiven Anti-Abschiebe-Industrie" gesprochen.

07.05.2018

In Deutschland werden heute üblicherweise drei Länder als **Stadtstaaten** bezeichnet: Berlin, Hamburg und Bremen.

- Berlin und Hamburg sind kreisfreie Städte und zugleich Länder.
- Die Freie Hansestadt Bremen besteht aus den beiden räumlich getrennten, als Stadtgemeinden bezeichneten kreisfreien Städten Bremen und Bremerhaven, weshalb sie gelegentlich auch als „Zwei-Städte-Staat“ bezeichnet wird.

Die drei Stadtstaaten sind als Länder auch im Bundesrat vertreten und nehmen am Finanzausgleich des Bundes und der Länder teil, wo sie das sogenannte Stadtstaatenprivileg genießen, das besagt, dass Stadtstaaten aufgrund ihrer höheren Ausgaben pro Einwohner mehr Geld pro Einwohner aus dem Länderfinanzausgleich erhalten als die Flächenstaaten. Für die deutschen Stadtstaaten wurde in der Vergangenheit immer wieder die Möglichkeit einer Fusion mit angrenzenden Ländern diskutiert, zum Beispiel Bremen mit Niedersachsen, Hamburg mit Schleswig-Holstein und Berlin mit Brandenburg. Für Berlin und Brandenburg wird diese erneut diskutiert, obwohl ein Fusionsvertrag beim Volksentscheid 1996 in Brandenburg die Mindestbeteiligung von 25 % der Wahlberechtigten (Quorum) erreichte (von der Mehrheit der Berliner angenommen, aber 62,7 % der abstimmenden Brandenburger lehnten ihn ab).

(Wiki.de)

1. Bayerischer Landtag verabschiedet Polizeigesetz:

Kritiker halten die neue Regelung für **verfassungswidrig**. In der Landeshauptstadt München hatten vergangene Woche Zehntausende Menschen gegen das Gesetz demonstriert.

16.05.2018

Verfassung

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das mit Ablauf des 23. Mai 1949 in Kraft trat. Verfassungsgeber war der Parlamentarische Rat in Bonn, in den die westdeutschen Landtage 65 Mitglieder gewählt hatten. Aus der Weimarer Verfassung von 1919 wurden Teile in das Grundgesetz übernommen. Der Entwurf bedurfte der Zustimmung der westlichen Besatzungsmächte. Seit 1990 ist das Grundgesetz die Verfassung für Gesamtdeutschland (vgl. dazu Gemeinsame Verfassungskommission).

Da die einzelnen deutschen Länder eigenen Staatscharakter haben und demnach Gliedstaaten sind (Kennzeichen: Staatsvolk, Staatsgewalt und Staatsgebiet), hat jedes Bundesland seine eigene individuelle (Landes-)Verfassung. Jedoch muss diese Verfassung nach dem Homogenitätsgebot den „Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen“ (Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG). Fundamentale Grundsätze wie Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit oder das Föderalismusprinzip betreffende Änderungen des Grundgesetzes selbst werden durch die Ewigkeitsklausel (Art. 79 Abs. 3 GG) beschränkt.

(wiki.de)

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

<https://www.lto.de/gerichte/aktuelle-urteile-und-adresse/bayerischer-verfassungsgerichtshof/>

Rechtliche Grundlagen für die Zuständigkeiten eines Verfassungsgerichtshofs sind die jeweilige Landesverfassung, das Verfassungsgerichtsgesetz (VerfGG) des Bundeslandes und die Geschäftsordnung des jeweiligen Verfassungsgerichtshofs. Verfahren vor den Verfassungsgerichtshöfen sind unter anderem:

- Organstreitverfahren, bei der das Verfassungsgericht anhand der Landesverfassung Maßnahmen überprüft, die in Rechte und Pflichten eines obersten Staatsorgans eingreifen
- Abstrakte Normenkontrolle, bei der auf Antrag der Landesregierung oder eines Teils der Mitglieder des Landtags die Vereinbarkeit von Landesrecht mit der Landesverfassung überprüft wird
- Konkrete Normenkontrolle, bei der ebenfalls die Vereinbarkeit von Landesrecht mit der Landesverfassung geprüft wird, allerdings auf Antrag eines Gerichts
- Kommunale Verfassungsbeschwerde, durch die kommunale Träger der Selbstverwaltung die Verletzung eines ihrer in der Landesverfassung gewährten Grundrechte geltend machen
Außerdem entscheiden Verwaltungsgerichtshöfe über Wahlprüfungsverfahren sowie über die Zulässigkeit von Volksanträgen und Verfassungsänderungen

Die Funktion des Verfassungsgerichtshofs auf Länderebene entspricht der des Bundesverfassungsgerichts auf Bundesebene. Als solches ist es in der Hauptsache der Hüter der Landesverfassung. Dementsprechend untersteht der Verfassungsgerichtshof keinem Ministerium, sondern ist sachlich und persönlich gegenüber anderen Verfassungsorganen unabhängig. Seine Entscheidungen sind für alle Organe auf Landesebene rechtlich bindend. Das gilt für Gerichte und Behörden des jeweiligen Bundeslands einschließlich der Landesregierung.

ドイツにはどんな政党があるでしょうか？

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Alternative für Deutschland (AfD)

Freie Demokratische Partei (FDP)

Die Linke (DIE LINKE)

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)

Bundesministerium

Auswärtiges Amt	Heiko Maas (SPD)
Bundesministerium der Finanzen	Olaf Scholz (SPD)
Bundesministerium des Innern	Horst Seehofer (CSU)
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Katarina Barley (SPD)*
Bundesministerium der Verteidigung	Ursula von der Leyen (CDU)*
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Hubertus Heil (SPD)
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Anja Karliczek (CDU)*
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	Julia Klöckner (CDU)*
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Franziska Giffey (SPD)*
Bundesministerium für Gesundheit	Jens Spahn (CDU)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Svenja Schulze (SPD)*
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	Andreas Scheuer (CSU)
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Peter Altmaier (CDU)
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Gerd Müller (CSU)